

Joke Frerichs

## **Zum Begriff des Politischen in den industriellen Beziehungen**

Demokratiethoretische Überlegungen zu einer vernachlässigten Dimension der Industriesoziologie

### **Abstract**

Ausgehend von theoretischen Überlegungen (Habermas; Luhmann; Beck; Negt/Kluge) zum Verhältnis von Politik und Ökonomie unter Aspekten der Steuerungskapazität und Rationalität politischer Systeme, werden einige der für die Gestaltung betrieblicher Produktionsprozesse entwickelten Politikansätze (Arbeitspolitik, Mikropolitik) skizziert. Im Anschluß daran wird unter Bezug auf betriebliche Partizipationsprozesse der Versuch unternommen, diese daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie einen Beitrag zur Überwindung vorhandener Kompetenz- und Legitimationsdefizite in den industriellen Beziehungen im Betrieb zu leisten vermögen.

### **1 Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in der neueren Demokratiethorie**

Neuere Beiträge zur Demokratiethorie sowie zur Reformulierung eines modernen Politikbegriffs weisen in der Regel eine beachtliche Leerstelle auf: In den meisten Beiträgen wird die Sphäre des Ökonomischen bzw. der Produktionsbereich aus den Diskussionen um eine Reform des demokratischen und sozialen Rechtsstaats weitgehend ausgeklammert. Noch bis zu den sechziger Jahren galt das demokratische Projekt der Moderne deshalb als unvollendet, weil es vor der „Demokratisierung der Wirtschaft“ halt machte und die damit verbundene Möglichkeit der Systemtransformation nicht verwirklichte (Brunkhorst 1994, 270). Im Vordergrund der gegenwärtigen Diskussion stehen dagegen Fragen nach der Legitimität politischer Entscheidungsstrukturen und der Leistungsfähigkeit politischer Institutionen. Die Errungenschaften der Moderne wie allgemeines Wahlrecht, politisches Repräsentativsystem, Gewaltenteilung, Priorität von Individualrechten und privatrechtliche Entpolitisierung der Wirtschaft, werden zwar teilweise als reformbedürftig kritisiert,

aber nicht ernstlich in Frage gestellt (Preuß 1994). Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Steuerungsfähigkeit des politischen Systems angesichts der Komplexität der ökonomischen und ökologischen Herausforderungen immer häufiger angezweifelt wird. Allerdings haben neuartige politische Symptome, die sich in Wahlenthaltungen, Mißtrauen in die Moral und Kompetenz politischer Eliten oder in unkonventionellen politischen Aktionen und Bürgerbewegungen niederschlagen, zu einer Radikalisierung der „demokratischen Frage“ (Rödel u.a. 1989) geführt, aber nicht in dem Sinne, daß die traditionelle Trennung von Politik und Ökonomie einer fundierten Kritik unterzogen wurde.

Deutlich wird der theoretische Perspektivwechsel an der Position von Habermas, wie er sie in seinem neuen Vorwort zum „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 1990) noch einmal verdeutlicht hat. Habermas diagnostiziert, daß es in wachsendem Maße zu „kolonialisierenden Übergriffen der Systemimperative auf lebensweltliche Bereiche“ (36) kommt und möchte diese demokratisch eindämmen; aber nicht um den Preis der „‘Aufhebung’ eines kapitalistisch verselbständigten Wirtschafts- und eines bürokratisch verselbständigten Herrschaftssystems...“ (36). Mit derartigen inzwischen fragwürdig gewordenen Konzepten gesellschaftlicher Totalität und Selbstorganisation werde man dem „Komplexitätsgrad funktional differenzierter Gesellschaften“ nicht mehr gerecht. In diesen Konzepten werde die Gesellschaft als ein Ganzes gedacht, „dem die vergesellschafteten Individuen wie die Mitglieder einer umfassenden Organisation angehören“ (35). Ziel von Demokratisierung könne nicht mehr primär die demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Staatsapparat sein, da dies deren Funktionsfähigkeit nur beeinträchtigen würde, sondern die Verschiebung von Kräften innerhalb einer prinzipiell aufrechtzuerhaltenden Gewaltenteilung. So könne beispielsweise „ein modernes, marktgesteuertes Wirtschaftssystem nicht beliebig von Geld auf administrative Macht und demokratische Willensbildung umgepolt werden (...), ohne daß seine Leistungsfähigkeit gefährdet würde“ (27). Habermas setzt vor allem auf die politischen Effekte der „Produktivkraft Kommunikation“ als einem solidaritätsstiftenden Faktor einer demokratisch strukturierten politischen Öffentlichkeit. Insbesondere von den Meinungs- und Willensbildungsprozessen der institutionellen Kernbereiche der Zivilgesellschaft mit ihren freiwilligen - nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen - Assoziationen wie Bürgerinitiativen, Kirchen, Gewerkschaften, kulturellen Vereinigungen oder Alternativprojekten, erhofft er sich politische Einwirkungsmöglichkeiten im Sinne kommunikativ erzeugter Macht oder dem Entzug von Legitimation - bei Aufrechterhaltung der Verantwortung und Zuständigkeit demokratisch verfaßter Institutionen.

Setzt Habermas ganz wesentlich auf eine Stärkung des Demokratiepotentials der Gesellschaft, erhofft sich Luhmann eine Lösung der Steuerungsproblematik gesellschaftlicher Subsysteme am ehesten von einer weiteren Ausdifferenzierung, Effektivierung und Autonomisierung dieser Teilsysteme selbst (Luhmann 1984). Nur

durch die Steigerung von deren interner Problemlösungsfähigkeit können soziale Systeme nach Luhmann auf immer komplexere Umwelтанforderungen reagieren. Versteht man darunter z.B. die Fähigkeit, die systemeigene Kompetenz, Flexibilität und Selektionskapazität zu erhöhen, so besitzt dieser Vorschlag den Vorzug, entlastet von einer gewissen Hierarchisierung der Funktionssysteme und systemtranszendierenden Überlegungen sowie bei Wahrung der systemspezifischen Handlungslogiken und Codes, auf die Erhöhung der Eigenrationalität von Subsystemen hinzuwirken. Ein Mehr an Demokratie hat Luhmann dabei freilich nicht im Auge - im Gegenteil! Demokratisierung mit all ihren dazugehörigen Prozeduren und Zusatzvorkehrungen, könnte nach Luhmann zum Einfallstor für Parasiten in Organisationen werden und die Rationalität von Entscheidungen zusätzlich beeinträchtigen (Luhmann 1988 a, 180). Luhmann setzt vornehmlich auf fachlich motivierte Kompetenzzuwächse und eine Steigerung der Kommunikationsfähigkeit in sozialen Systemen.

Der unübersehbare Nachteil der Luhmannschen Lösungsstrategie besteht indes darin, daß die Ausbildung von Spezialsemantiken noch keine Gesamtrationalität verbürgt und die gesteigerte Kommunikationsfähigkeit der Subsysteme die Kommunikation unter diesen auch erschweren könnte. Habermas hat in seiner Kritik an Luhmann darauf hingewiesen, daß es jedem therapiebedürftigen Teilsystem zudem an Repräsentativität und Legitimität ermangele und deren Eigensinn die Sensibilität für gesellschaftliche Folgeprobleme reduziere (Habermas 1992, 416 f.).

Habermas schlägt dagegen vor, durch umgangssprachlich verfaßte öffentliche Diskurse in den gesellschaftlichen und politischen Institutionen einen Resonanzboden für Handlungsimpulse bei den klassischen Steuerungsinstanzen Staat und Recht auszulösen. Damit mag ein Teil der Probleme gelöst werden. Allerdings konzentriert Habermas seine Krisentherapie zu sehr auf die „Legitimationsproblematik“ (Habermas 1973). Er überschätzt die Rationalität und Effektivität des Wirtschaftssystems, wenn er unter Rückgriff auf das reichlich angestaubte Theorem des „organisierten Kapitalismus“ (Habermas 1990, 23) glaubt, dessen Dysfunktionalitäten ließen sich durch kompensatorische politische Interventionen weitgehend neutralisieren oder qua öffentlicher Diskurse demokratisch eindämmen. Mit seiner theoriestrategischen Entscheidung, System- und Lebenswelt analytisch zu trennen (Habermas 1981, 183), verzichtet Habermas darauf, den wichtigen Bereich der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit unter Aspekten zunehmenden Kommunikations- und Konsensbedarfs zu analysieren (Honneth 1982; Martens 1989; Berger 1992).

Am Beispiel der ökologischen Gefährdungen läßt sich zudem ablesen, daß das Kompensationsmodell allein kaum ausreicht, der systemisch erzeugten Vernichtung natürlicher und sozialer Ressourcen Einhalt zu gebieten.

## **2 Die Entgrenzung des Politischen**

### **2.1 Politische Implikationen in Becks Konzept reflexiver Modernisierung**

Es ist sicherlich kein Zufall, daß Beck das von ihm favorisierte Politikkonzept im Bewußtsein der Dramatik ökologischer Risiken verfaßt hat - ja ihm die Ökologiefrage zum Präzedenzfall für Defizite des herrschenden Politikmodells schlechthin wird. Beck schlägt vor, den Bereich des Politischen zu „entgrenzen“ und die Semantiken von Politik und Ökonomie miteinander zu verschränken. Er sucht nach grenzüberschreitenden Vermittlungs- und Verhandlungsinstitutionen zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen, nach Foren der Vernetzung, nach neuen Formen von Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen, die geeignet sind, das Denken in politischen Zuständigkeiten zu informalisieren, den Sachverstand zu entmonopolisieren und die Sensibilität einer demokratischen Öffentlichkeit für die Gefahren der Moderne zu erhöhen.

Angesichts der Bedeutung des technisch-ökonomischen Systems für die Konstitution und den Wandel gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse, sucht Beck nach geeigneten demokratischen Prozeduren, um die „kritikimmune Durchsetzungsmacht“ des Ökonomischen einer politischen Legitimation zu unterziehen, um auf diese Weise die „demokratische Halbierung“ der modernen Industriegesellschaft zu überwinden (Beck 1986, 302). Nach Beck wird die Ausdifferenzierung von politischem und ökonomischem System im Zuge „reflexiver Modernisierung“ relativiert: Das zentralisierte und als autonome Sphäre ausgeformte politische System verliert gerade mit der Durchsetzung und Wahrnehmung von Bürgerrechten in den Formen einer neuen politischen Kultur (Eder 1989) zunehmend seine Konturen. In der Konsequenz hat dies zur Folge, daß Formen des Diskurses, der Abstimmung und Aushandlung, die vormalig primär dem politischen System zugerechnet wurden, nunmehr Einzug in die ökonomische Sphäre halten. Dieser Prozeß führt nach Beck letztendlich zu einer „Entgrenzung des Politischen“ (Beck 1993) und zur Politisierung des technisch-ökonomischen Systems. Damit aber wird der betriebliche Produktionsbereich legitimationspflichtig und demokratischen Diskursen zugänglich. Angesichts der Risiken und Selbstgefährdungen moderner Produktionsprozesse reicht es nach Beck nicht aus, diesen Bereich nach Maßgabe zweckrationaler Entscheidungsprozesse zu organisieren und die Nebenfolgen einer in vielerlei Hinsicht (reflexiv, materiell, moralisch) überforderten Gesellschaft aufzubürden. Auf diese Weise untergräbt die Moderne nach Beck ihre Existenzgrundlagen: Da sie ihre eigenen Konstitutionsprinzipien (Rationalität, Effektivität, Demokratie) nicht

konsequent auf sich selbst anwendet, bedarf es eines neuen, adäquaten Politikmodells reflexiver Modernisierung.

Mit dem vieldeutigen Begriff der „reflexiven“ Modernisierung meint Beck vor allem die bewußte Selbstanwendung und Selbstkonfrontation der von der Moderne hervorgebrachten Prinzipien auf sie selbst. Nach Beck bringt die Moderne Tendenzen zur Selbstveränderung nicht automatisch hervor; sie bedürfen der politischen Verdichtung und zwar in der Weise, daß die widersprüchlichen, latenten, verhinderten, aber immerhin ansatzweise vorhandenen Potentiale der Moderne freigesetzt und zur Entfaltung gelangen können. „Reflexive Modernisierung meint (...) eine potenzierte Modernisierung mit gesellschaftsverändernder Reichweite“ (Beck 1993, 67 f.).

Politik kann nach Beck nicht allein auf die dafür vorgesehenen Arenen (Parlamenten) und die dazu ermächtigten Akteure (Parteien, Gewerkschaften) begrenzt werden. Im Gegenteil. Deren Unbeweglichkeit bewirkt gerade die Aktivierung und Selbstorganisation des Politischen durch die Gesellschaft. „Das Politische bricht jenseits der formalen Zuständigkeiten und Hierarchien auf und aus, und dies wird gerade von denjenigen verkannt, die Politik mit Staat, mit dem politischen System, mit formalen Zuständigkeiten und ausgeschriebenen politischen Karrieren gleichsetzen“ (156). Gerade die der politischen Legitimation entzogene „Privatsphäre“ der Produktion wird demnach zunehmend „politisch“, während in den symbolträchtigen politischen Institutionen Gegensätze und Probleme weitgehend nur noch „simuliert“ werden. Dagegen wurden wichtige Politikthemen der letzten Jahrzehnte wie Kernenergie, Frieden, Geschlechterverhältnisse und Ökologie häufig zunächst von Bürgerbewegungen besetzt, bevor sie auf der Tagesordnung der „offiziellen“ Politik erschienen - und das oft genug gegen den Widerstand der etablierten politischen Organisationen.

Daher kann es auch nicht bei einem bloßen „Kategorienwandel des Politischen bei konstanten Institutionen, intakten und nicht ausgewechselten Machteliten“ (157) bleiben. Der von Beck vorgeschlagene Politikbegriff hat Folgen für die Institutionen, Inhalte und Organisationsformen des Politischen gleichermaßen. Zwar nicht in dem Sinne, daß sie allesamt und womöglich noch gleichzeitig zu ersetzen wären; wohl aber insofern, als die durch die Moderne selbst erzeugten Erosionstendenzen alle Dimensionen des Politischen auf den Prüfstand stellen. Über den traditionellen Politikbegriff weist dies insofern hinaus, als nicht allein kollektiven bzw. organisierten Akteuren, sondern auch einzelnen Individuen Politikfähigkeit attestiert wird. Somit kommen all diejenigen Akteure außerhalb des politischen und korporatistischen Systems (z.B. Berufsgruppen oder die technische und ökonomische Intelligenz in Betrieben, Forschungseinrichtungen, Bürgerinitiativen usw.) ins Spiel, auf deren Kompetenzen es bei der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse vor allem ankommt.

## **2.2 Negt/Kluge Konzept der „Maßverhältnisse des Politischen“**

Auch Negt/Kluge fordern, den Begriff des Politischen über die Formen staatlicher Tätigkeit hinaus zu erweitern. Als Korrektiv zu einem derart verengten Politikverständnis schlagen sie vor, das Politische auch in den Zwischenräumen von Institutionen anzusiedeln, „die nicht staatlich und auch nicht bloß privat sein können“ (Negt/Kluge 1992, 50). In diesen Zwischenräumen könnte ein „organisatorisches Gegenprinzip“ zur Staatsmacht entstehen, das auf Gegenmacht, Gewaltenteilung und Partizipation beruht. Hier könnten sich Politikformen entwickeln, die an die „Größenordnung des Alltags“ angepaßt sind und in denen sich politische Parameter wie produktive Vielfalt, Berührungsfläche mit unmittelbarer Erfahrung (Nähe), Toleranz, Differenzierungsvermögen, Diskussionsforen analog „runden Tischen“, „Demokratie und Mitbestimmung im materiellen Sinne“ und Innovationsfähigkeit entfalten könnten (50).

Negt/Kluge richten ihr Augenmerk insbesondere auf die konstitutiven Prozesse des Politischen. Sie weisen auf die Notwendigkeit hin, Räume für politische Lernprozesse an den Entstehungsorten des Politischen zu schaffen und den jeweiligen Anlässen entsprechende, flexible Politikformen zu entwickeln. In ihrer an Marx anknüpfenden Analyse moderner Produktionsprozesse wird deutlich, worum es ihnen geht. Marx hatte kritisiert, daß die Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesse dazu führt, daß den unmittelbaren Produzenten der gesellschaftliche Charakter ihrer Produktion im Verlauf eines sukzessiven Verdinglichungsprozesses kaum noch bewußt wird. Der gesellschaftliche Zusammenhang ihrer individuellen Arbeiten kann nur noch als Resultat eines vom Kapital gestifteten Vergesellschaftungsmodus begriffen werden, der auf bestimmten Formen der Arbeitsorganisation, Herrschaft und Kontrolle der arbeitsteilig ausgeführten Tätigkeiten beruht. Das Kapital „erscheint als organisierendes Zentrum der Produktion“ (103), wohingegen alle Äußerungsformen des subjektiven Arbeitsvermögens (Erfahrungswissen, Kooperation- und Kommunikationsfähigkeit), zu einer Funktion der Kapitalreproduktion zu werden drohen.

Vor diesem Hintergrund weisen Negt/Kluge auf die Schwierigkeit hin, in diesem von der „Kapitallogik“ dominierten Feld authentische Politikformen der Beschäftigten zu entwickeln. Zu diesem Zweck wäre eine „politische Ökonomie der Arbeitskraft“ (110) allererst noch zu entwerfen, die ansetzt an den in der kapitalistischen Produktion verschütteten Potentialen der Beschäftigten, ihren Bedürfnissen und Interessen und den vom Kapital selbst erzeugten widersprüchlichen Anforderungen an die Arbeitskraft, zum Zweck der Aufrechterhaltung und Effektivierung des Arbeitsprozesses zu kooperieren, den in der Gesellschaftlichkeit der Produktion angelegten emanzipatorischen Gehalt aber nicht auszuschöpfen. Die aus der „Logik des lebendigen Arbeitsvermögens“ resultierenden Assoziationsformen des Gesamt-

arbeiters würde zu neuen Berührungsflächen und Politikformen führen - analog den im Arbeitsprozeß angelegten, alltäglich praktizierten Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen.

Fassen wir vorläufig zusammen: Während es Habermas vor allem darum geht, die im Verlauf der Moderne erzielten Rationalitätsgewinne des ökonomischen und politisch-administrativen Systems zu erhalten ohne diese in ihrer eigensinnigen Handlungslogik zu gefährden, erhofft sich Luhmann eine Kompensation vorhandener Steuerungsdefizite insbesondere von einer Effektivitätssteigerung der Subsysteme selbst. Dagegen betonen Beck und Negt/Kluge die Notwendigkeit, wegen der Bedeutung und Risiken der technisch-ökonomischen Entwicklung diesbezügliche Fragen der öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen, die Kompetenzen nicht-professioneller gesellschaftlicher Akteure für die Gestaltung zu nutzen und die traditionellen Grenzen von Ökonomie und Politik zu Gunsten neuer Politikformen aufzuheben.

### **3 Betriebs- und arbeitsbezogene Politikkonzepte**

Unsere bisherigen Überlegungen sollen im folgenden um für die betriebliche Handlungsebene entwickelten Analysekonzepte wie „Arbeitspolitik“ und „Mikropolitik“ ergänzt, und diese kurz skizziert werden.

Mit dem Konzept „Arbeitspolitik“ ist der Versuch unternommen worden, die bis dahin verbreitete Vernachlässigung der Politikdimension in den industriesoziologischen und ökonomischen Forschungen zur Industriearbeit, Technikentwicklung und Arbeitsproduktivität zu kompensieren, indem Politik als regulierendes Prinzip sozialer Beziehungen und damit wesentlicher Vergesellschaftungsmodus verstanden wird (Naschold 1985, 9). Mit diesem Ansatz wurde die Komplexität industriesoziologischer Analysen erhöht und die zentrale Wirkungsweise des Politischen auf die Gestaltung von Arbeit und Technik betont (Pries 1991).

Dabei wendet sich Naschold gegen ein Politikverständnis, das auf die „Autonomie des Politischen“ besteht und Politik lediglich als „funktionalistisches Institutionengefüge“ oder als bloßes „Willensverhältnis“ oder Medium konzipiert (25). Dagegen betont er die Eigengesetzlichkeit von Politik neben Technik und Ökonomie und möchte den in den alltäglichen Abstimmungsprozeduren des Arbeitsprozesses implizierten Politikgehalt miterfassen.

In diesem Sinne definiert Naschold Arbeitspolitik als „eine Regulationsform, die sicherlich auch staatliche Politik ist, jedoch gerade auch im scheinbar politikneutralisierten Bereich des Arbeits- und Produktionsprozesses von Bedeutung ist. Ein solches Politikverständnis verknüpft sich mit einer Vorstellung von Arbeit, derzufolge der Arbeits- und Produktionsprozeß als ein strukturiertes soziales Inter-

aktionsgefüge, ein aktiver und sozialer Prozeß gesehen werden muß“ (28). Die Voraussetzungen und Folgen der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit faßt er als einen widersprüchlichen Entsprechungszusammenhang, auf den Arbeitspolitik - die mehr sein will als Arbeitsgestaltungspolitik - regulierend einwirkt.

Auf eine „gewisse Unschärfe“ dieses arbeitspolitischen Ansatzes ist hingewiesen worden (Peter 1992, 23). Sie besteht vor allem darin, daß die Grauzone zwischen „staatlicher Politik“ und „Alltagshandeln“ - also jene Ebene der alltäglichen Konflikte und Konsensbildungen, die mit der technischen und organisatorischen Gestaltung des Arbeitsprozesses notwendig verbunden sind, nicht trennscharf erfaßt wird. Dieser Gefahr entgeht im übrigen auch der Becksche Politikbegriff nicht ganz, wie Beck selbst explizit anmerkt: „Wenn irgendwie alles politisch ist, ist auch irgendwie nichts mehr politisch“ (Beck 1993, 204).

Die stets prekäre Balance zwischen informellen und institutionalisierten Regelungsmustern wurde von den Vertretern des arbeitspolitischen Ansatzes vor allem am Beispiel des sogenannten Transformationsproblems der Arbeitspolitik aufgezeigt. Dieses besteht bekanntlich darin, daß mit dem formellen Recht der Anweisung, das den Vertretern der Kapitaleseite gegenüber der durch Kaufvertrag in seine Verfügung gestellten Arbeitskraft zukommt, noch lange nicht die Gewähr dafür geboten ist, daß das eigentliche Ziel des Kaufakts aus Kapitalsicht, nämlich kostengünstige Produkte zu erstellen, die Profit einbringen, auch erreicht wird (Jürgens 1983, 61).

In dem Maße, wie Beschäftigte im Arbeitsprozeß „Ungewißheitszonen“ kontrollieren, bietet sich ihnen auch die Möglichkeit, diese als „Machtquellen“ (Crozier/Friedberg 1979) für arbeitspolitische Zielsetzungen einzusetzen. Durch empirische Analysen wurde der Nachweis erbracht, daß der Arbeitsprozeß ein heftig umkämpftes Terrain darstellt, das sich noch am ehesten „mikropolitisch“ ansetzenden Theoriekonzepten erschließt (Birke/Schwarz 1989). Das Konzept „Mikropolitik“ eignet sich insbesondere zur differenzierten Analyse der „Politikhaltigkeit betrieblicher Prozesse“ (Küpper/Ortmann 1986, 599), der spezifischen Handlungskonstellationen, Strategien, Machtpotentiale und Spiele betrieblicher Akteure (Ortmann 1988). Es handelt sich um ein „Politikkonzept von unten“, das die Akteursebene für politische Analysen zugänglich macht und deren Machtquellen und Handlungsperspektiven erhellt.

Gegenüber strukturlastigen industriesoziologischen Konzepten, die im Betrieb oft nicht mehr als eine Realisationsebene der „reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital“ gesehen haben, besaßen die skizzierten Forschungsansätze nunmehr den Vorzug, den Eigensinn sozialer Prozesse im Betrieb allererst zu entdecken. Dabei zeigte sich, daß Betriebe auch bei gleichen oder ähnlichen strukturellen Merkmalen völlig unterschiedliche soziale Beziehungen, kulturelle Traditionen, Politikformen und Kooperationsweisen ausbilden und als relativ autonome Sozialgebilde anzusehen ist (Kotthoff 1985).

Bezogen auf unseren Gegenstand bedeutet dies, daß nicht nur „Politik“ lange Zeit ein „toter Winkel“ (Naschold 1985, 9) industriesoziologischer Untersuchungen war, sondern damit auch alle zur Politikdimension dazugehörigen Sachverhalte wie Kommunikations- und Willensbildungsprozesse, Problemlösungsverfahren, Konflikt- und Konsensbeziehungen; Interessendifferenzierungen und -koalitionen (auch innerhalb der Pole „Kapital“ und „Arbeit“) sowie insbesondere Machtprozesse (Jürgens 1983).

Hinzu kam, und dies stellt eine gewisse Ironie der Geschichte dar, daß die Anforderungen einer grundlegenden Umstrukturierung des Produktionsprozesses das kapitalistische Management selbst veranlaßte, das tayloristisch geprägte Produktionsparadigma, das auf den Säulen Kontrolle, Hierarchie und Arbeitsteilung beruhte, sukzessive zu verabschieden und den Beschäftigten verstärkt Partizipationsangebote zu unterbreiten. Zwar läßt sich - wie Müller-Jentsch betont - keine unmittelbare Parallelität von Produktivkraftentwicklung und der Realisierung von Bürgerrechten behaupten, aber unübersehbar ist doch, daß die „Entwicklung der technischen und organisatorischen Produktivkräfte eine die Bürgerrechte eher fördernde als hemmende Tendenz“ aufweisen (Müller-Jentsch 1994, 659; Kotthoff 1994). Die bisher dominierende „Mißtrauensorganisation“ tayloristischer Provenienz wird - wenn auch erst sukzessive, bruchstückhaft und ungleichzeitig - durch neue Formen partizipativer Unternehmensführung abgelöst. In diesem Zusammenhang werden Hierarchien abgeflacht und durch mehr Autonomie und Selbststeuerung in den operativen Bereichen ergänzt. Auf diese Weise wird „Partizipation (...) zu einem integralen Instrument der Problemlösung in Organisationen“ (657).

Anhand betrieblicher Fallbeispiele haben wir unterschiedliche Bedingungen und widersprüchliche Verlaufsformen partizipativer Politikformen ausführlich dargestellt (Bundesmann-Jansen/Frerichs 1995). Als Resultat läßt sich festhalten, daß Partizipation kein Nullsummenspiel darstellen muß, sondern alle von ihr profitieren können: Die Beschäftigten, weil sie in der Regel größere Autonomiespielräume und Mitsprachemöglichkeiten erhalten und sich als Subjekte ernst genommen fühlen; die Interessenvertretung, weil die Beteiligung der Beschäftigten zu Kompetenzgewinnen und demokratischeren Willensbildungsprozessen führen kann und die Unternehmensführungen, weil die Dezentralisierung bestimmter Entscheidungen z.B. an Arbeitsgruppen Konflikte reduziert oder zumindest verlagert, Arbeitsabläufe reibungsloser vonstatten gehen und durch das zusätzliche Maß an Motivation auf Seiten der Mitarbeiter Produktivitätseffekte erzielt werden können.

Zusammenfassend stellt sich die Frage, ob mit dem Prozeß „reflexiver Modernisierung“ ein Demokratieschub eingeleitet wird, der zu einer Vollendung der „halbierten Moderne“ drängt, wie man mit Beck argumentieren könnte oder den Beschäftigten auf diese Weise die Macht, über die sie ohnehin verfügen, noch einmal zugestanden wird (Luhmann 1988 b, 109) oder ob gar eine konsequente Partizipa-

tionsstrategie mit dem Wesen der bestehenden Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung eher nicht vereinbar ist, muß an dieser Stelle offen bleiben (Wolf 1994).

#### **4 Demokratisierung und Partizipation**

Realistisch erscheinen Lösungen, die den Bestand des ökonomischen und politischen Systems nicht grundsätzlich in Frage stellen, sondern eher zu deren Rationalitäts- und Effizienzsteigerung beitragen; an Stelle von Postulaten nach Systemtransformation, für die politische Konzepte gegenwärtig nicht in Sicht sind. Eine erweiterte Demokratisierung gesellschaftlicher Bereiche könnte die politische Demokratie dann ergänzen und ihre Stabilität erhöhen, wenn der für die Entwicklung von Gesellschaft und Umwelt höchst relevante Bereich der Wirtschaft und Produktion von historisch obsoleten Herrschaftsfunktionen und Legitimationsdefiziten (Pross 1972, 50) befreit und durchaus im Sinne des Beckschen Konzepts reflexiver Modernisierung für Partizipationsstrategien und gesellschaftliche Diskurse geöffnet wird. Diese Entwicklung hin zu neuen Formen demokratischer Beteiligung gehört nach Giddens zu den „Konsequenzen der Moderne“. „Diese können zum Beispiel in der Gestalt auftreten, daß Forderungen nach demokratischer Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in lokalen Verbänden, in Medienorganisationen und in verschiedenen transnationalen Gruppierungen gestellt werden“ (Giddens 1995, 207).

Sinnlos wird die Forderung nach mehr Demokratie nach den Worten des Demokratietheoretikers Bobbio allerdings dadurch, daß damit die Vorstellung verbunden wird, alle Bürger müßten an allen Entscheidungen beteiligt werden. „In immer komplexeren Gesellschaften, wie es die modernen Industriegesellschaften sind, ist es materiell unmöglich, daß alle über alles entscheiden“ (Bobbio 1988, 36).

Worum es geht ist insbesondere die demokratische Unterfütterung repräsentativer politischer Systeme durch neue Formen von Öffentlichkeit und Partizipation an den Entstehungsorten des Politischen.

Bezogen auf unseren Gegenstand geht es daher primär um die Beteiligung der Beschäftigten an der Gestaltung der betrieblichen Produktionsprozesse, was tendenziell den Diskurs über das „was“ und „wie“ der Produktion impliziert. Versteht man Partizipation als einen gesellschaftlichen „Lernprozeß“ (Kißler 1980), in welchem es möglich wird, zusätzlich zu den beruflichen Qualifikationen Partizipationskompetenz zu erwerben, kann es gelingen, die Grundlage für eine Effektivierung betrieblicher Problemlösungskapazität zu erweitern und durch die Intensivierung diskursiver Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse vorhandene Legitimationsdefizite zu kompensieren.

Eine erste Analyse betrieblicher Beteiligungsansätze zeigt indes, daß Partizipation einen außerordentlich voraussetzungsvollen Sachverhalt (Bundesmann-Jansen/

Frerichs 1995) darstellt. So stehen unternehmerische Beteiligungsofferten in der Regel vor dem Dilemma, auf das Produktionswissen der Beschäftigten bei der Gestaltung von Arbeits- und Produktionsprozessen zwar angewiesen zu sein; sie versuchen aber Beteiligung möglichst nicht mit einer Delegation von relevanten Entscheidungskompetenzen zu verbinden. Derart instrumentelle Partizipationsansätze, die auf Motivations- und Kompetenzgewinne zielen, die bestehenden Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen aber unangetastet lassen wollen, sind häufig von vornherein zum Scheitern verurteilt (Dörre u.a. 1993).

Sie werden aber auch den Anforderungen moderner Produktionsprozesse immer weniger gerecht. In diesen steigen die Anforderungen an die Kommunikations- und Entscheidungsfähigkeit der Akteure unaufhörlich. Faßt man Kommunikationen als Einheit von Information, Mitteilung und Verstehen (Luhmann 1984) und stellt darüber hinaus noch die zusätzliche Anforderung der Akzeptanz des Mitgeteilten (Martens 1989) als Merkmal gelungener Kommunikation dar, dann wird deutlich, daß das Gelingen von Kommunikationen in sozialen Systemen einen höchst „unwahrscheinlichen“ Prozeß darstellt, der erhebliche soziale Kompetenzen auf Seiten der Beteiligten voraussetzt. Ein Betriebsrat, der jahrelang versucht hat, einen betrieblichen Beteiligungsprozeß auch gegen Widerstände im Management in Gang zu setzen, schilderte uns seine Erfahrungen wie folgt: „Die haben jetzt ein Lean-Management-Konzept entwickelt. Das ist so eine Konzeption, die geht davon aus, die Hierarchie in der tiefgestaffelten Form ist ein Auslöser für viele Probleme gewesen. Für den fehlenden Informationsfluß, für mangelhafte Kommunikation, für schwerfällige Entscheidungsprozesse und so. Das stimmt. Wenn man jetzt aber meint, daß man da nur eine Hierarchieebene rausziehen muß und dann hat man lauter hochmotivierte Mitarbeiter, die eigene Vorschläge machen und so, dann verkennt man, daß hier nicht nur eine hierarchische Struktur bestanden hat, sondern eine hierarchische Kultur. Das ist das Entscheidende. Es sind Gewohnheiten entstanden über viele Jahre hinweg, über Jahrzehnte und wenn man daran etwas ändern will, muß man sich den Mitarbeitern zuwenden, muß ihnen zuhören, muß zum Ausdruck bringen, daß ihre Meinung gefragt ist und bereit sein, mit ihnen gemeinsam neue Erfahrungen zu sammeln. Aber solche Überlegungen werden überhaupt nicht angestellt, für die Mitarbeiter sind sie nicht sensibel, das schnallen die nicht“ (Bundesmann-Jansen/Frerichs 1995, 61).

Der Betriebsrat in diesem Fallbeispiel versucht, bestehende Kommunikationsdefizite durch eine offensive Beteiligungspolitik zu kompensieren. Durch regelmäßige Informationen, die Einrichtung betrieblicher Arbeitskreise, Bildungs- und Weiterbildungsangeboten, Abteilungsversammlungen und Betriebsversammlungen zu Schwerpunktthemen wie z.B. Lean Management. Durch eine mühevollen Kleinarbeit, die von Rückschlägen nicht verschont blieb, gelang es diesem Betriebsrat, sowohl die Kommunikation mit den Beschäftigten als auch zu Teilen des Managements zu intensivieren. In einer Einschätzung seiner Erfahrungen kommt der

Betriebsrat zu folgendem Schluß: An einer beteiligungsorientierten Betriebspolitik „führt kein Weg vorbei, auch wenn ich sehe, daß die Zeit in gewisser Weise noch nicht reif dafür ist. Wenn ich mir das so über die Jahre ansehe, glaube ich aber, daß die Zeit für uns arbeitet. Es gibt einfach zwingende Wettbewerbsgründe, etwas zu verändern. Wir haben versucht, den Druck von unten zu entfachen, aber das allein reicht nicht. Wir haben nun mal nicht den Vorstand, der große intellektuelle Sprünge macht und bei den Kollegen gibt es immer wieder Frust und Resignation, wenn sie mit eigenen Vorschlägen gegen eine Wand laufen. Und unser Problem ist, wie wir das arbeitsmäßig durchhalten, weil sich alles auf wenige Personen konzentriert. Aber ein Gutes hat der ganze Prozeß aus meiner Sicht. Für die Belegschaft ist deutlich geworden, wo die Kompetenzen liegen. Durch Umfragen, die wir gemacht haben, Klausurtagungen, die Unterstützung durch externe Sachverständige und durch unsere Mitarbeit in den betrieblichen Arbeitsgruppen haben wir uns eine Kompetenz erarbeitet, die wir auch in den Augen der Belegschaft haben. Es ist deutlich geworden, daß wir die besseren Konzepte haben, einfach weil wir näher dran sind an den Problemen“ (63 f.).

Damit wird auf eine bereits dem Partizipationsbegriff innewohnende Widersprüchlichkeit hingewiesen. Der Begriff „Partizipationskompetenz“ stellt ein soziales Konstrukt dar und impliziert fachliche und politisch-soziale Aspekte gleichermaßen (Fricke 1975; Greifenstein u.a. 1990; Frerichs 1995). Die fachlichen Kompetenzen zur Gestaltung von Arbeitsprozessen lassen sich als Machtquelle zu arbeits- und interessenpolitischen Einflußnahmen nutzen. Beide Aspekte sind untrennbar miteinander verbunden und lassen sich nur zu analytischen Zwecken unterscheiden. Aber so wenig es gerechtfertigt erscheint, alles Alltagshandeln nun als „politisch“ zu qualifizieren, so sehr bleibt doch ein tragfähiger Begriff des Politischen im Betrieb auf arbeitsprozeßliche Machtressourcen verwiesen.

An dieser Stelle zeigt sich, daß die Politikhaltigkeit industrieller Beziehungen den Rückbezug auf ein „realistisches“ Machtkonzept erfordert. Ein solches Machtkonzept ist von Giddens entwickelt worden. Nach Giddens stellt Macht eine „transformatorische Fähigkeit menschlichen Handelns“ dar; sie existiert als eine potentielle Fähigkeit auch, wenn sie nicht ausgeübt wird. Das ist wichtig für die Beziehung von Macht und Politik bzw. Macht und Konflikt: sie ist kontingent. Der Machtbegriff von Giddens setzt nicht in jedem Fall Konflikt voraus. Macht kann sich ebenso auf Konsens stützen (Giddens 1984, 135).

Als „Rohstoff des Politischen“ ist Macht dann unerläßlich, wenn es in der Weberschen Formulierung gilt, „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“ (Weber 1956, 38). Giddens betont aber, daß das „auch“ in der Weberschen Formulierung darauf hindeutet, daß der Konfliktfall nur eine Anwendungsmöglichkeit des Machtbegriffs beinhaltet. Für unseren Zweck können wir festhalten, daß Handeln dann zum politischen Handeln wird, wenn eine bestimmte Zielsetzung gegenüber einem identifizierbaren Akteur,

durch den bewußten Einsatz von Macht und einem Mindestmaß an Strategie, Organisiertheit und Öffentlichkeit durchgesetzt wird.

Aber damit erschöpft sich der Begriff des Politischen noch nicht. Ein nicht bloß formaler, auf institutionelle Sachverhalte begrenzter Politikbegriff muß offen sein für die komplexen Konstitutions- und Machtbildungsprozesse des Politischen.

Das läßt sich vor allem auch an der Politikhaltigkeit von Partizipationsprozessen zeigen. Versuche des Managements, Partizipation als Vehikel zu benutzen, um die Motivation und Akzeptanz der Beschäftigten zu erhöhen und deren Kenntnisse einseitig zur Effektivitätssteigerung einzusetzen, lassen sich in politische Effekte ummünzen, wenn die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen den Herrschaftsaspekt dieser Vorgehensweise erkennen und ihrerseits das durch Beteiligung erworbene höhere Maß an Handlungsautonomie in politische Aushandlungs- und Tauschprozesse zu transformieren.

Das setzt allerdings voraus, daß Partizipationsimpulse für die Subjekte erfahrbar, positive Effekte wie Anerkennung (Honneth 1992) und Selbstverwirklichung mit sich bringen und durch institutionelle Arrangements zwischen Management und Interessenvertretung abgestützt werden (Bundesmann-Jansen/ Frerichs 1995).

Für die gewerkschaftliche Interessenvertretung kann dies zusätzlich den Effekt mit sich bringen, die Nachteile ausschließlich delegativer Politikformen zu kompensieren (Bourdieu 1986; Sofsky/Paris 1991). Diese bestehen insbesondere in der relativen Ferne zu den Entstehungsorten des Politischen und der fehlenden Sensibilität für differenzierte Interessenlagen von Beschäftigtengruppen. Eine Öffnung der gewerkschaftlichen Interessenvertretungsstrukturen kommt zudem den politischen und kulturellen Bedürfnissen junger und hochqualifizierter Arbeitnehmergruppen nach mehr Mitwirkung und individueller Autonomie (Giddens 1993; Zoll 1993) entgegen.

Als Ergänzung zur institutionalisierten Interessenvertretung würden die in einem wesentlichen gesellschaftlichen Kernbereich vorhandenen Demokratiedefizite reduziert, auch ohne daß es zu den von Habermas befürchteten Verlusten an Systemrationalität kommen müßte. Vieles spricht allerdings dafür, daß das hochdifferenzierte Subsystem Wirtschaft sich nur dann noch erfolgreich wird reproduzieren können, wenn es die vorhandenen Subjektivitätspotentiale maximal mobilisieren kann.

Insofern hätte eine „Demokratisierungsoffensive“ im Sinne von mehr Bürgerrechten im Betrieb möglicherweise gegenwärtig größere Realisierungschancen als die mit globalen Systemveränderungen versehenen Forderungen der sechziger Jahre. Das wird allerdings nur dann der Fall sein, wenn sich in den Teilsystemen selbst die Einsicht durchsetzt, daß Partizipationsansätze und Effektivitätsgewinne sich nicht gegenseitig ausschließen (Frerichs 1994). Die von Luhmann befürchtete Entwicklung muß also keineswegs eintreffen.

Vielmehr wird viel darauf ankommen, ob die vorhandenen subjektiven und objektiven Partizipationsimpulse von den politischen Organisationen einschließlich der Gewerkschaften aufgegriffen, zu einer politischen Programmatik verdichtet und durch den Umbau der eigenen Organisationsstrukturen gefördert werden, damit sich Politikformen entwickeln können, die der „Größenordnung des Alltags“ und den jeweiligen Problemlagen entsprechen.

In der betrieblichen Praxis fallen die hier skizzierten Gesichtspunkte einer partizipativen Betriebspolitik noch häufig auseinander. Meist handelt es sich um informell angelegte Partizipationskonzepte, die aufgrund der ihnen innewohnenden politischen Dynamik sehr schnell an Grenzen stoßen. Ohne eine Stärkung der individuellen Arbeitnehmerrechte im Sinne von „Bürgerrechten“ auf Kommunikation, Meinungsfreiheit, Initiativ- und Beschwerderechten im Betrieb und diesbezügliche rechtsreformerische Maßnahmen seitens des Gesetzgebers (Matthies u.a. 1994) besteht die Gefahr, daß die Angst vor Machtverlusten auf Seiten des Management (Dörre u.a. 1993) - aber auch bei Teilen der Betriebsräte (Bundesmann-Jansen/ Frerichs 1993) - den in den Beteiligungsinitiativen liegenden Innovationsschub für die betrieblichen Sozialbeziehungen verhindern.

## Literatur

- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main
- Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt am Main
- Berger, Johannes (1992): Der Konsensbedarf der Wirtschaft; in: Hans-Joachim Giegel (Hg.): Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main, 151-196
- Birke, Martin, Michael Schwarz (1989): Neue Techniken - neue Arbeitspolitik? Neuansätze betrieblicher Interessenvertretung bei der Gestaltung von Arbeit und Technik. Frankfurt/ New York
- Birke, Martin, Gerd Hurre (Hg.) (1995): Unternehmenskooperation und gewerkschaftliche Interessenvertretung: Erfahrungen, Perspektiven und Orientierungsprobleme. München/ Mering
- Bobbio, Norberto (1988): Die Zukunft der Demokratie. Berlin
- Bourdieu, Pierre (1986): Delegation und politischer Fetischismus; in: Ästhetik und Kommunikation, Heft 61/62
- Brunkhorst, Hauke (1994): Demokratie und Differenz. Vom klassischen zum modernen Begriff des Politischen. Frankfurt am Main
- Bundesmann-Jansen, Jörg, Joke Frerichs (1993): Praxisbeispiele beteiligungsorientierter Betriebspolitik. Düsseldorf
- Bundesmann-Jansen, Jörg, Joke Frerichs (1995): Betriebspolitik und Organisationswandel. Neuansätze gewerkschaftlicher Politik zwischen Delegation und Partizipation. Münster

- Crozier, Michel, Erhard Friedberg (1979): Macht und Organisation. Die Zwänge kollektiven Handelns. Königstein/Ts.
- Daheim, Hansjürgen, Helmut Heid, Karl Krahn (Hg.)(1992): Soziale Chancen. Forschungen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt/New York
- Daheim, Hansjürgen, Karl Krahn, Renate Schneider (Hg.) (1994): Standortfaktor industrielle Beziehungen. Abkehr von den traditionellen Arrangements? München/Mering
- Dörre, Klaus, Jürgen Neubert, Harald Wolf (1993): „New Deal“ im Betrieb? Unternehmerische Beteiligungskonzepte und ihre Wirkung auf die Austauschbeziehungen zwischen Management, Belegschaften und Interessenvertretungen; in: SOFI-Mitteilungen 1/1993, Göttingen, 15-36
- Eder, Klaus (1989): Politik und Kultur. Zur kultursoziologischen Analyse politischer Partizipation; in: Axel Honneth u.a. (Hg.): Zwischenbetrachtungen im Prozeß der Aufklärung. Frankfurt am Main, 519-548
- Frerichs, Joke (1992): Partizipation und Macht im Betrieb; in: Hansjürgen Daheim, Helmut Heid, Karl Krahn (Hg.): Soziale Chancen. Forschungen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt/New York, 252-274
- Frerichs, Joke (1994): Partizipation und Demokratisierung in Organisationen; in: Hansjürgen Daheim, Karl Krahn, Renate Schneider (Hg.): Standortfaktor industrielle Beziehungen. Abkehr von den traditionellen Arrangements? München/Mering, 37-48
- Frerichs, Joke (1995): Partizipationskompetenz und Organisationswandel. Überlegungen zum betriebspolitischen Innovationsbedarf gewerkschaftlicher Interessenvertretung; in: Martin Birke, Gerd Hurre (Hg.): Unternehmenskooperation und gewerkschaftliche Interessenvertretung: Erfahrungen, Perspektiven und Orientierungsprobleme. München/Mering
- Fricke, Werner (1975): Arbeitsorganisation und Qualifikation. Ein industriesoziologischer Beitrag zur Humanisierung der Arbeit. Bonn
- Giddens, Anthony (1984): Interpretative Soziologie. Eine kritische Einführung. Frankfurt/New York
- Giddens, Anthony (1988): Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt/New York
- Giddens, Anthony (1993): Wandel der Intimität. Sexualität, Liebe und Erotik in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main
- Giddens, Anthony (1995): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main
- Giegel, Hans-Joachim (Hg.) (1992): Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main
- Greifenstein, Ralph, Peter Jansen, Leo Kißler (1990): Partizipationskompetenz und technisch-organisatorische Innovation. Ergebnisse dreier Fallstudien; in: Leo Kißler (Hg.): Partizipation und Kompetenz. Beiträge aus der empirischen Forschung. Opladen, 15-54
- Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt am Main
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt am Main (Neuaufgabe)
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main

- 
- Honneth, Axel (1982): Arbeit und instrumentales Handeln. Kategoriale Probleme einer kritischen Gesellschaftstheorie; in: Axel Honneth, Urs Jaeggi (Hg.): Arbeit, Handlung, Normativität. Theorien des Historischen Materialismus 2. Frankfurt am Main, 185-232
- Honneth, Axel (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main
- Honneth, Axel, Urs Jaeggi (Hg.) (1982): Arbeit, Handlung, Normativität. Theorien des Historischen Materialismus 2. Frankfurt am Main
- Honneth, Axel, u.a. (Hg.) (1989): Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung. Frankfurt am Main
- Jürgens, Ulrich (1983): Die Entwicklung von Macht, Herrschaft und Kontrolle im Betrieb als politischer Prozeß. Eine Problemskizze zur Arbeitspolitik; in: Ulrich Jürgens, Frieder Naschold (Hg.): Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit; in: Leviathan Sonderheft 5/1983, 58-91
- Jürgens, Ulrich, Frieder Naschold (Hg.) (1984): Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit. Leviathan Sonderheft 5/1983
- Kißler, Leo (1980): Partizipation als Lernprozeß. Basisdemokratische Qualifizierung im Betrieb. Frankfurt/New York
- Kißler, Leo (Hg.) (1990): Partizipation und Kompetenz. Beiträge aus der empirischen Forschung. Opladen
- Kotthoff, Hermann (1985): Kann die Industriesoziologie die betriebliche Sozialordnung ignorieren? Überlegungen zu einer handlungssoziologischen Erweiterung des Betriebsbegriffs. Saarbrücken
- Kotthoff, Hermann (1994): Betriebsräte und Bürgerstatus. Wandel und Kontinuität betrieblicher Mitbestimmung. München/Mering
- Küpper, Willi, Günther Ortman (1986): Mikropolitik in Organisationen; in: Die Betriebswirtschaft 46, 590-602, Stuttgart
- Küpper, Willi, Günther Ortman (Hg.) (1988): Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen. Opladen
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main
- Luhmann, Niklas (1988a): Organisation; in: Willi Küpper, Günther Ortman (Hg.): Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen. Opladen
- Luhmann, Niklas (1988b): Macht. Stuttgart
- Martens, Helmut (1992): Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftssoziologie. Dortmund
- Martens, Wil (1989): Entwurf einer Kommunikationstheorie der Unternehmung. Akzeptanz, Geld und Macht in Wirtschaftsorganisationen. Frankfurt/New York
- Matthies, Hildegard, u.a. (1994): Arbeit 2000. Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt. Reinbek bei Hamburg
- Müller-Jentsch, Walther (1994): Über Produktivkräfte und Bürgerrechte; in: Niels Beckenbach, Werner van Treeck (Hg.): Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit. Soziale Welt, Sonderband 9, 643-661

- 
- Naschold, Frieder (1985): Zum Zusammenhang von Arbeit, sozialer Sicherung und Politik. Einführende Anmerkungen zur Arbeitspolitik; in: Frieder Naschold (Hg.): Arbeit und Politik. Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und der sozialen Sicherung. Frankfurt/New York
- Negt, Oskar, Alexander Kluge (1992): Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen. Frankfurt am Main
- Ortmann, Günther (1988): Handlung, System, Mikropolitik; in: Willi Küpper, Günther Ortmann (Hg.): Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen. Opladen, 217-225
- Peter, Gerd (1992): Theorie der Arbeitsforschung. Situation - Institution - System als Grundkategorien empirischer Sozialwissenschaft. Frankfurt/New York
- Preuß, Ulrich K. (Hg.) (1994): Zum Begriff der Verfassung. Die Ordnung des Politischen. Frankfurt am Main
- Pries, Ludger (1991): Betrieblicher Wandel in der Risikogesellschaft. Empirische Befunde und konzeptionelle Überlegungen. Opladen
- Pross, Helge (1972): Kapitalismus und Demokratie. Studien über westdeutsche Sozialstrukturen. Frankfurt am Main
- Rödel, Ulrich, Günter Frankenberg, Helmut Dubiel (1989): Die demokratische Frage. Frankfurt am Main
- Sofsky, Wolfgang, Rainer Paris (1991): Figurationen sozialer Macht. Autorität - Stellvertretung - Koalition. Opladen
- Weber, Max (1956): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Köln/Berlin
- Wolf, Harald (1994): Rationalisierung und Partizipation; in: Leviathan 2/1994, 243-259
- Zoll, Rainer (1993): Alltagssolidarität und Individualismus. Zum soziokulturellen Wandel. Frankfurt am Main

Anschrift des Verfassers:

Dr. Joke Frerichs  
Institut zur Erforschung sozialer Chancen  
Kuenstr. 1B  
50733 Köln